



Merkblatt | Verbindliche Mitwirkungserklärung einer Gebietskörperschaft

Das BMU unterstützt im Rahmen des Wettbewerbs durch zwei aufeinander aufbauende Förderphasen verschiedene *lokale Akteure* (Vereine, Verbände, Unternehmen, wissenschaftliche Einrichtungen etc.) und *Kommunen* darin, die Zukunft der Mobilität vor dem Hintergrund der *Entwicklungen in ihrer Stadt, Gemeinde oder Landkreis* möglichst praxisorientiert und partizipativ zu entwickeln (Förderphase I) sowie konkrete Maßnahmen zur Realisierung ihres Zielbildes zu ergreifen (Förderphase II).

Voraussetzung dafür ist, dass die eingereichten Projektskizzen einen räumlichen Bezug aufweisen. Daneben bedarf eine praxisorientierte Entwicklung eines Zielbildes und seine spätere Realisierung immer auch der Mitwirkung der in Bezug genommenen Gebietskörperschaft(en). Über eine Mitwirkungserklärung soll sichergestellt werden, dass die betreffenden Gebietskörperschaften von Beginn an in das Projektvorhaben einbezogen werden.

Wann ist eine Mitwirkungserklärung einer Gebietskörperschaft erforderlich?

Eine Mitwirkungserklärung ist dann erforderlich, wenn es sich bei der einreichenden Organisation nicht selbst um eine Gebietskörperschaft handelt. Sowohl juristische Personen des Privatrechts als auch wissenschaftliche Einrichtungen benötigen zur Teilnahme am Wettbewerb eine Mitwirkungserklärung der Gebietskörperschaft, in welcher ihr Vorhaben geplant und realisiert werden soll.

Warum ist die Kooperation mit einer Gebietskörperschaft erforderlich?

Die Mitwirkung einer Gebietskörperschaft – sollte die einreichende juristische Person selbst keine Gebietskörperschaft sein – ist erforderlich, um eine spätere Umsetzung der Projektergebnisse zu ermöglichen und eine Mitwirkung der Verwaltung innerhalb des Projektes anzustoßen.

Wer darf die Mitwirkungserklärung unterzeichnen?

Die Mitwirkungserklärung muss durch eine zeichnungsberechtigte Person der Gebietskörperschaft rechtsverbindlich unterschrieben werden. Je nach Organisationsform der Gebietskörperschaft können unterschiedliche Personen diese Anforderung erfüllen, z.B. Bürgermeister*innen oder leitenden Beamt*innen.

Was muss die Mitwirkungserklärung beinhalten?

Es sollte eine knappe Erklärung der Kooperation zwischen den Kooperationspartnern erklärt werden. Die folgenden Angaben sollten in der Erklärung enthalten sein:

- Name des Projektes / der Skizze
- Name des Wettbewerbs
- Anschrift und zeichnungsberechtigte Person der Gebietskörperschaft
- Anschrift und Ansprechperson der einreichenden juristischen Person



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit



Muster I Verbindliche Mitwirkungserklärung einer Gebietskörperschaft

Wettbewerb: #mobilwandel2035

einreichende juristische Person

Name:

Anschrift:

Gebietskörperschaft

Name:

Anschrift:

Skizzenname:

zeichnungsberechtigte
Person:

Verbindliche Mitwirkungserklärung einer Gebietskörperschaft

Hiermit erklären wir die Mitwirkung und Unterstützung im Projekt **[Name]** als Gebietskörperschaft.

Rechtsverbindliche Unterschrift /
Stempel

einreichende juristische Person

Rechtsverbindliche Unterschrift /
Stempel

Gebietskörperschaft